

Optingenstrasse 1
Postfach 3000 Bern 25
Telefon 031 42 41 13

Schweizerische Volkspartei

Bern, 21. Juli 1976

Zur VPOD-Initiative:

Systemveränderung als Ziel

(SVP) Ro.- Das vom Verband des Personals der öffentlichen Dienste (VPOD) im Vorfeld der Nationalratswahlen 1971 lancierte, im April 1972 eingereichte und am 26. September nächsthin zur Abstimmung gelangende Volksbegehren, mit dem der Bund verpflichtet werden soll, eine eigene Versicherung zur Deckung der Haftpflicht für Motorfahrzeuge und Fahrräder einzurichten, wird aller Voraussicht nach zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung über unser Wirtschaftssystem Anlass geben. Das hat vermutlich von allem Anfang an in der Absicht der Initianten gelegen. Denn obwohl die damals zu Recht kritisierten Mängel, wie fehlende Transparenz bei der Prämienkalkulation und mangelndes Verständnis für die Öffentlichkeitsarbeit seitens der Versicherungsgesellschaften, inzwischen behoben worden sind, obwohl Bundesrat und Parlament das Volksbegehren deutlich abgelehnt haben und obwohl ein negativer Volksentscheid mit grosser Wahrscheinlichkeit vorauszusehen ist, hat der VPOD an seiner Initiative festgehalten.

Die aggressivste aller Gewerkschaften, der VPOD, die vor einigen Jahren durch die Anstellung eines kommunistisch gesinnten Sekretärs von sich reden machte, will also eine Grundsatzdiskussion über ihre Ideen. Welches die Ideen dieses VPOD sind, hat Verbandspräsidentin Ria Schärer am jüngsten Kongress in Lausanne erklärt: "Der Weg unseres Arbeitsprogrammes führt über den Aufbau der Gemeinwirtschaft und der gemeinwirtschaftlichen Planung zum demokratischen Sozialismus". Der Sozialismus ist eine Bestrebung, die allen Menschen die gleichen Voraussetzungen zum Leben verschaffen will. Der Sozialismus wird durch die Sozialisierung verwirklicht,

Sozialisierung kann auf verschiedene Weise erfolgen, beispielsweise durch die Verstaatlichung von Betrieben. Die Sozialisierung, man sagt auch Vergesellschaftung, kann natürlich verschieden weit gehen. Am weitesten gehen die Kommunisten. Für sie ist der Sozialismus eine Vorstufe auf dem Weg zur kommunistischen Gesellschaft. Sozialisten in Westeuropa und in anderen Teilen der Welt vertreten einen gemässigten Sozialismus. Nach ihnen soll die Sozialisierung zunächst nur in wirtschaftlich wichtigen Bereichen und schrittweise erfolgen. Zunächst! Und damit das Ganze noch etwas besser tönt, spricht man, wie der VPOD, vom "demokratischen Sozialismus". Dass Sozialismus und Demokratie kaum vereinbar sind, beweisen uns die Oststaaten aufs Deutlichste. Der VPOD möchte also die Haftpflichtversicherung für Fahrräder und Motorfahrzeuge verstaatlichen. Zunächst!

Das passt schlecht in unser freiheitliches System. Unsere Wirtschaftsordnung ist auf der in der Verfassung verankerten Handels- und Gewerbefreiheit aufgebaut. Bei dem sich daraus ergebenden Prinzip der sogenannten freien Marktwirtschaft baut man auf die Selbstregulierungskräfte der Wirtschaft. Der Staat greift bei uns nur ordnend und korrigierend ein und zwar dann, wenn das Gemeinwohl des Volkes auf dem Spiel steht. Er übernimmt also eine der Privatwirtschaft übertragene Aufgabe nur dann, wenn er sie nachgewiesenermassen besser ausführen kann als diese. Gerade diese Voraussetzung ist aber in Bezug auf die Motorfahrzeug- und Fahrradhaftpflichtversicherung nicht gegeben. Es ist keineswegs erwiesen, dass der Staat diesen Versicherungszweig besser, das heisst mit günstigeren Prämien und erhöhten Leistungen, durchführen könnte als die Privatassekuranz. Im Gegenteil. Die Errichtung und der Aufbau einer Bundesanstalt würden einen neuen Verwaltungsapparat erfordern, der namhafte Investitionen und Personalkosten und damit eine zusätzliche Belastung des Bundeshaushaltes zur Folge hätte. Und dies ausgerechnet in einer Zeit, da wir ohnehin mit kaum zu bewältigenden Finanzschwierigkeiten zu kämpfen haben.

Es ist überhaupt nicht einzusehen, weshalb der ohnehin überlastete Staat der Privatwirtschaft diese Aufgabe abnehmen soll. Die Ver-

staatlichung dieses Versicherungszweiges wäre nur ein erster Schritt in Richtung einer grundlegenden Systemveränderung. Dieses Abenteuer wollen wir aber nicht eingehen. Unsere Wirtschaftsordnung hat sich, wer wollte das bestreiten, alles in allem gesehen, bewährt. Wem eine gesunde, leistungsfähige Volkswirtschaft auf dem Boden des Privateigentums und des freien Wettbewerbes - innerhalb der Schranken, die das Wohl der Volksgemeinschaft verlangt - ein Anliegen ist, der muss die VPOD-Initiative ablehnen.